

Lübeck, 17.03.2022

Antrag eines Ausschusses/Beirates

Verantwortliche Bereiche:
4.513 - Jugendarbeit

Bearbeitung: Dana Gladasch (E-Mail: dana.gladasch@luebeck.de Telefon: 122 - 1217)

Antrag des Jugendhilfeausschusses: struktureller Notstand in der stationären Jugendhilfe

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
31.03.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Ausgehend vom Positionspapier der freien Träger (Anlage 1) und der Diskussion im Ausschuss (Anlage 2) wird der Bürgermeister beauftragt, dem Land gegenüber die nicht ausreichende Personalausstattung der Kinder- und Jugendeinrichtungsverordnung (KJVO) für stationäre Hilfen anzuzeigen und das Land zum Handeln aufzufordern.

Die neue Mindestausstattung muss dann sowohl Rahmenbedingungen des Arbeits- (insb. Arbeitszeitgesetz) und Tarifrechts entsprechen, aber auch eine adäquate Grundversorgung sicherstellen können.

Auf der Grundlage der anzupassenden KJVO ist ein neuer Landesrahmenvertrag abzuschließen.

Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss hat den oben genannten Antrag in seiner Sitzung am 03.03.2022 einstimmig mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen und stellt diesen an die Bürgerschaft.

Anlagen:

- Anlage 1: Positionspapier freie JH Träger zum strukturellen Notstand
Anlage 2: Beschlussauszug und PPP struktureller Notstand Jugendhilfe JHA 13.01.2022

Vorsitzende/r
des Ausschusses/Beirates